

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022 **der Volksbank Vorpommern eG**

Gliederung des Lageberichts

- A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit
- B. Geschäftsverlauf und Lage (Wirtschaftsbericht)
 - 1. Rahmenbedingungen
 - 2. Finanzielle Leistungsindikatoren
 - 3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs
 - 4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der wirtschaftlichen Lage
 - a) Ertragslage
 - b) Finanzlage
 - c) Vermögenslage
 - 5. Gesamtaussage zur Wirtschaftlichen Lage
- C. Risiko- und Chancenbericht
- D. Prognosebericht

A. Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Als Genossenschaftsbank besteht unsere Kernaufgabe darin, die wirtschaftliche Entwicklung unserer Mitglieder und Kunden zu fördern. Die Volksbank Vorpommern eG versteht sich als mittelständisches Unternehmen aus der Region für die Region mit Fokus auf das Privatkundengeschäft und den gewerblichen Mittelstand. Darin gründet auch die enge regionale Bindung an den Landkreis Vorpommern-Greifswald. Als Ergänzung zum Kundengeschäft und zur Liquiditäts-, Ertrags- und Risikosteuerung nutzen wir Geldmarkt- und Wertpapieranlagen. Dem Verbundgedanken folgend nutzen wir strategisch die Erfahrungen und Kompetenzen der genossenschaftlichen FinanzGruppe und setzen die verfügbaren Verbundverfahren ein.

Im Rahmen unserer Geschäftstätigkeit unterhalten wir, neben unserer Hauptstelle in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, 11 weitere Geschäftsstellen sowie 19 Servicepunkte und SB-Stellen im Geschäftsgebiet, das im Wesentlichen Teile des Landkreises Vorpommern-Greifswald einschließlich der Insel Usedom sowie den Einzugsbereich der Stadt Altentreptow im angrenzenden Landkreis Mecklenburger Seenplatte umfasst.

Zur Erfüllung von § 1 EinSiG i. V. m. § 1 Absatz 3d Satz 1 KWG gehört die Bank der BVR Institutssicherung an. Das BVR-ISG Sicherungssystem ist eine Einrichtung der BVR Institutssicherung GmbH, Berlin (BVR-ISG), die als amtlich anerkanntes Einlagensicherungssystem gilt. Daneben ist unsere Bank der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (BVR-SE) angeschlossen, die aus dem Garantiefonds und aus dem Garantieverbund besteht. Die BVR-SE ist als zusätzlicher genossenschaftlicher Schutz parallel zum BVR-ISG Sicherungssystem tätig.

B. Geschäftsverlauf und Lage (Wirtschaftsbericht)

1. Rahmenbedingungen

Konjunktur in der Bundesrepublik Deutschland

Die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands wurde 2022 spürbar durch die Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine belastet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt stieg gegenüber dem Vorjahr um 1,8 Prozent. Damit expandierte die Wirtschaftsleistung deutlich schwächer als 2021 (+2,6 Prozent), trotz der auch 2022 noch andauernden Erholung vom Coronakrisenjahr 2020. Die allgemeine Teuerung legte kriegsbedingt weiter zu. Nach aktuellen Angaben des Statistischen Bundesamtes war die Inflationsrate mit 6,9 Prozent so hoch wie seit fast 50 Jahren nicht mehr. Vorherige amtliche Berechnungen hatten sogar eine noch höhere Inflationsrate von 7,9 Prozent ergeben, die dann aber im Zuge einer routinemäßigen Anpassung nach unten revidiert wurde. Maßgeblich für die Abwärtskorrektur waren veränderte Konsumgewohnheiten, die zu einer Verminderung des Energiegewichtungsanteils führten.

Zu Jahresbeginn war die Wirtschaftsleistung noch kräftig expandiert, befördert insbesondere durch die voranschreitende Erholung der kontaktintensiven Dienstleistungsbereiche vom pandemiebedingten Einbruch 2020. Im weiteren Jahresverlauf verschlechterte sich die Konjunktur aber deutlich, was in einer Schrumpfung zum Jahresende mündete. Hauptgrund für die Verschlechterung waren die wirtschaftlichen Begleitscheinungen des Ende Februar einsetzenden russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, wie nochmals steigende Energie- und Rohstoffpreise, länger bestehende Lieferkettenstörungen und enorme Unsicherheiten, nicht zuletzt über die Gasversorgung. Ende August stellte Russland seine Gaslieferungen nach Deutschland vollständig ein. Gedämpft wurde die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zudem durch den bereits vor dem Kriegsausbruch verbreiteten Arbeitskräftemangel und die Spätfolgen der Coronapandemie, die sich unter anderem in zeitweisen Lockdowns in wichtigen Häfen und Metropolen Chinas und den streckenweisen hohen Krankenständen hierzulande zeigten.

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte sind, nach einem geringfügigen Zuwachs im Vorjahr (+0,4 Prozent), im Verlauf von 2022 zunächst kräftig gestiegen. Angesichts der Rückführung von Infektionsschutzmaßnahmen wurde vor allem in den Bereichen Gastgewerbe sowie Freizeit, Unterhaltung und Kultur mehr ausgegeben. Zum Jahresende bremste dann jedoch der Höhenflug der Verbraucherpreise die Kaufkraft der Haushaltseinkommen verstärkt aus. Auf Jahressicht konnten die privaten Konsumausgaben dennoch preisbereinigt um deutliche 4,3 Prozent zulegen und mit soliden 2,1 Prozentpunkten zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beitragen. Die Konsumausgaben des Staates sind erneut gestiegen. Befördert wurden sie unter anderem durch das Nachholen verschobener medizinischer Behandlungen und die Mehrausgaben für aus der Ukraine geflüchtete Menschen. Der Zuwachs des Staatsverbrauchs fiel aber mit 1,2 Prozent schwächer aus als im Vorjahr (+3,8 Prozent), das stärker durch pandemiebedingte Sonderausgaben geprägt war.

Auch am Arbeitsmarkt setzte sich die Erholung vom Krisenjahr 2020 fort. Die Zahl der amtlich registrierten Arbeitslosen ging weiter zurück. Trotz eines zeitweisen Anstiegs, im Zuge der erstmaligen Erfassung ukrainischer Flüchtlinge, gab die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt um etwa 200.000 auf rund 2,4 Mio. nach. Vor diesem Hintergrund sank auch die Arbeitslosenquote nochmals, von 5,7 Prozent im Vorjahr auf 5,3 Prozent. Die Erwerbstätigenzahl erhöhte sich 2022 um knapp 600.000 auf rund 45,6 Mio. Menschen. Sie erreichte damit einen neuen Höchststand.

Die Inflationsrate, gemessen am Verbraucherpreisindex, lag mit 6,9 Prozent im Jahresdurchschnitt 2022 erheblich über ihrem Vorjahreswert von 3,1 Prozent. Einen noch höheren Anstieg der Preise für die Lebenshaltung hatte es in der Bundesrepublik zuletzt 1973 mit 7,1 Prozent gegeben. Maßgeblich für die enorme Teuerung waren die Energie- und Nahrungsmittelpreise, die im Zuge des Ukrainekrieges sowie der andauernden Lieferengpässe um außerordentliche 29,7 Prozent und 13,4 Prozent stiegen. Die Verbraucherpreisdynamik war bereits im Januar mit einer Inflationsrate von 4,2 Prozent sehr kräftig. Sie beschleunigte sich angesichts extremer Import- und Erzeugerpreisanstiege weiter und führten im Oktober und November zu Jahreshöchstständen der Inflationsrate von jeweils 8,8 Prozent. Die Gesamtteuerung wäre allerdings noch höher ausgefallen, wenn der Staat nicht durch Entlastungsmaßnahmen gegengesteuert hätte. Zu nennen sind hier beispielsweise das 9-Euro-Ticket und der Tankrabatt, die in den Monaten Juni bis August wirkten, sowie die einmalige Übernahme der Gas- und Wärmerechnungen im Dezember.

Im Berichtsjahr verdichteten sich die Hinweise dafür, dass der langjährige Bauboom ausläuft. Wichtige Indikatoren wie der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe und die Baugenehmigungen im Hochbau folgten im Jahresverlauf einem sichtlichen Abwärtstrend. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Baugewerbes sank um deutliche 2,9 Prozent und damit stärker als im Vorjahr (-1,4 Prozent). Hauptgründe für den merklichen Wertschöpfungsrückgang dürften die andauernden Engpässe bei Materialien, Personal und Bauland gewesen sein, die zu neuerlichen kräftigen Baukostenanstiegen führten, sowie die generell verschlechterten Finanzierungsbedingungen im Zuge der Zinswende der Europäischen Zentralbank. Hiervon wurde das Bauhauptgewerbe offenbar etwas deutlicher belastet als das Ausbaugewerbe, das stärker mit weniger konjunktur reagiblen Arbeiten im Gebäudebestand betraut ist. Dies legen zumindest die amtlichen Daten zum baugewerblichen Umsatz nahe, die jedoch nicht preisbereinigt, sondern nur in jeweiligen Preisen vorliegen. Demnach erhöhte sich der Umsatz in den ersten drei Quartalen gegenüber dem Vorjahreszeitraum im Ausbaugewerbe um 12,5 Prozent, während er im Bauhauptgewerbe um 11,0 Prozent stieg. Die Erwerbstätigenzahl legte im gesamten Baugewerbe auf Jahressicht nur noch leicht um 0,5 Prozent auf gut 2,6 Mio. Menschen zu.

Auch im Handwerk hat sich die Konjunktur abgeschwächt. Der vom Zentralverband des Deutschen Handwerks berechnete Geschäftsklimaindikator ist im dritten Quartal auf 97 Punkte gesunken, den niedrigsten Stand seit 2005. Zwar lagen die Umsätze der amtlichen Handwerksberichterstattung, die ebenfalls nur in jeweiligen Preisen verfügbar sind, deutlich im Plus. Über alle Gewerbebezüge hinweg nahmen sie in den ersten drei Quartalen 2022 um kräftige 10,3 Prozent zu. Das Wachstum war jedoch vor allem durch höhere Preise getrieben. Die Ertragslage vieler Betriebe dürfte sich wegen der teilweise drastisch gestiegenen Energie- und Materialkosten, die nur bedingt an die Kunden weitergereicht werden konnten, deutlich verschlechtert haben. Das Umsatzplus fiel bei den Handwerken für den privaten Bedarf (+16,8 Prozent) am stärksten aus, was im Einklang zu den kräftig gestiegenen privaten Konsumausgaben steht. Überdurchschnittliche Zuwachsraten konnten auch die Bau- und Ausbaugewerke (+13,4 Prozent und +11,4 Prozent), die Lebensmittelhandwerke (+11,5 Prozent) sowie die Handwerke für den gewerblichen Bedarf (+11,4 Prozent) erwirtschaften. Im deutlich geringeren Umfang nahm der Umsatz in den Kraftfahrzeug- (+5,1 Prozent) und den Gesundheitshandwerken (+4,1 Prozent) zu, offenbar wegen anhaltender Engpässe bei Fahrzeugen und Ersatzteilen beziehungsweise wegen der durch staatliche Regulierungen eingeschränkten Überwälzbarkeit der höheren Kosten.

Der Dienstleistungssektor war 2022 der wichtigste Motor des gesamtwirtschaftlichen Wachstums. Dessen preisbereinigte Bruttowertschöpfung legte um 2,9 Prozent zu und damit stärker als im Vorjahr (+2,4 Prozent). Innerhalb des Sektors wiesen die Bereiche sonstige Dienstleister (+6,1 Prozent) und Handel, Verkehr, Gastgewerbe (+4,0 Prozent) die stärksten Zuwächse auf, gestützt durch die weitgehende Rückführung von Infektionsschutzmaßnahmen. Zum Bereich der sonstigen Dienstleister werden beispielsweise Theater- und Konzertveranstalter sowie Vergnügungs- und Themenparks gezählt, die ihre Aktivitäten während der Hochphase der Pandemie erheblich einschränken mussten. Kräftig fiel das Wachstum auch bei den Informations- und Kommunikationsdienstleistern (+3,5 Prozent) aus, deren Geschäfte unter anderem durch neue Lösungen für die Überwachung und Optimierung von Lieferketten angeregt wurden. Demgegenüber etwas schwächer verlief die Wertschöpfungsentwicklung in den Bereichen Unternehmensdienstleister (+2,7 Prozent), Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit (+2,4 Prozent), Finanz- und Versicherungsdienstleister (+2,2 Prozent) sowie Grundstücks- und Wohnungswesen (+1,1 Prozent). Die Erwerbstätigenzahl erhöhte sich im Dienstleistungsbereich insgesamt um deutliche 1,6 Prozent auf gut 34,3 Mio. Menschen.

Für die Agrarwirtschaft war 2022 erneut ein sehr herausforderndes Jahr. Zwar stiegen die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte allgemein deutlich an, befördert durch eine global knappe Versorgungslage. Den kräftigen Preisanstiegen standen jedoch erheblich höhere Kosten für Energie-, Dünger- und Futtermittel gegenüber. Zudem belasteten zunehmende Personalprobleme und anhaltende Lieferengpässe, von denen fast allen Zulieferbereichen betroffen waren. In der Landwirtschaft hat sich die Ertragslage unterm Strich aber verbessert. Gemäß Angaben des Deutschen Bauernverbandes stieg das betriebswirtschaftliche Ergebnis je Haupterwerbsbetrieb im Wirtschaftsjahr 2021/22 gegenüber dem Vorjahr um 26.200 Euro auf 79.700 Euro. Damit konnte der Rückgang vom Wirtschaftsjahr 2020/21 mehr als ausgeglichen werden. Besonders stark fiel der Gewinnzuwachs bei den Ackerbau- und Milchviehbetriebe aus. Im gesamten Agrarsektor, der neben der Landwirtschaft die Forstwirtschaft und die Fischerei umfasst, hat sich die wirtschaftliche Lage auf Jahressicht jedoch merklich verschlechtert. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Sektors verminderte sich um 4,6 Prozent, begleitet von einem weiteren Rückgang der Erwerbstätigenzahl um 1,1 Prozent auf knapp 560.000 Personen.

Finanzmärkte

Das Jahr 2022 wurde auch an den Finanzmärkten vom russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine geprägt, der am 24. Februar 2022 begann. Der Krieg führte zu steigenden Energie- und Rohstoffpreisen, die sich wiederum global in den höchsten Verbraucherpreisinflationsraten seit mehreren Jahrzehnten niederschlugen. Dabei traf die kriegsbedingte Energie- und Nahrungsmittelinflation auf eine bereits hohe Kerninflation, die den Preisauftrieb ohne diese beiden Faktoren misst. Diese hatte in den USA im Dezember 2021 bereits bei annualisiert 5,5 Prozent gelegen, im Euroraum bei 2,6 Prozent. 2022 stiegen beide Kernraten weiter und erreichten 5,7 beziehungsweise 5,2 Prozent. Verantwortlich hierfür waren anfangs vor allem Angebotsengpässe infolge aufgehobener Coronabeschränkungen weltweit – mit Ausnahme Chinas – und fortbestehende Lieferkettenprobleme infolge eben dieser Beschränkungen. Im Jahresverlauf kamen Zweitrunde effekte hinzu, als von höheren Kosten betroffene Unternehmen ihre Preise erhöhten.

Weltweit reagierten Notenbanken auf die hohe Inflation mit Zinserhöhungen, also einer restriktiveren Geldpolitik. Während Schwellenländer ihre Leitzinsen teils schon 2021 erhöht hatten – wie etwa Brasilien, das seinen Leitzins bereits 2021 von 2 Prozent auf 9,25 Prozent erhöhte –, folgten die Industriestaaten erst 2022. Die US-Notenbank Fed erhöhte ihren Leitzins erstmals im März 2022. Die Europäische Zentralbank (EZB) begann im Juli 2022. Zuvor hatten beide Notenbanken eine stark expansive Geldpolitik mit sehr niedrigen Zinssätzen betrieben. Die Federal Funds Rate lag bei 0 bis 0,25 Prozent, die Hauptrefinanzierungsrate der EZB ebenfalls bei 0 Prozent. Zum Jahresende 2022 lag der Leitzins der EZB bei 2,5 Prozent, der der Fed bei 4,25 bis 4,5 Prozent.

Zum Jahresbeginn ging die EZB trotz hoher und steigender Inflationsraten noch von einem temporären Inflationsschub aus. In mehreren Schritten beendete sie zuerst ihre Anleihekaufprogramme, die eingeführt worden waren, um die bestehende stark expansive Geldpolitik noch zu verstärken. Im Februar endeten die Zukäufe des pandemiebedingten Anleihekaufprogramms (PEPP) und im Juli die des schon 2014 gestarteten Anleihekaufprogramms APP. Die Leitzinsen blieben daher zunächst noch extrem niedrig. Parallel stieg die Verbraucherpreisinflation im Euroraum im ersten Halbjahr von 5 auf 8,6 Prozent. Beginnend mit dem 27. Juli erhöhte die EZB dann auch ihren Leitzins erstmals seit dem Jahr 2011. In fünf Monaten stieg er um 250 Basispunkte auf 2,5 Prozent. Zum Jahresende kündigten EZB-Präsidiumsmitglieder weitere Zinsschritte für das Jahr 2023 an, um die Inflation auf den Zielwert von 2 Prozent zurückzuführen.

Parallel zu den Zinserhöhungen änderte die Notenbank nachträglich die Bedingungen der zuvor an Banken ausgereichten gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (englisch TLTRO). Mit diesen hatte sie unter anderem während der Coronapandemie Kreditinstituten günstige Finanzierungsbedingungen angeboten, mit dem Ziel einer Stabilisierung beziehungsweise Erhöhung der Kreditvergabe. Die Änderungen erhöhten den auf diese Geschäfte von den Kreditinstituten zu zahlenden Zins. Die EZB begründete ihre Entscheidung mit dem geänderten Leitzinsumfeld, aber auch mit dem Ziel einer Dämpfung der Kreditvergabe angesichts der hohen Inflation. Zusätzlich bot die EZB zum Jahresende 2022 vorzeitige Rückzahlungen der TLTRO-Kredite an, um deren Volumen zu verringern. Bis Jahresende wurden so 35,2 Prozent der Bestände abgebaut.

Auf ihrer letzten Sitzung im Jahr 2022, am 15. Dezember, entschied die EZB zudem, die vollständige Reinvestition ihrer Bestände an Staatsanleihen zu beenden. Ab März 2023 sollen auf diesem Weg Bestände in Höhe von durchschnittlich 15 Mrd. Euro monatlich abgebaut werden. Diese Entscheidung gilt für das Kaufprogramm APP mit einem Volumen von insgesamt 3.258 Mrd. Euro, nicht aber für das Pandemie-Notfallprogramm PEPP. Dessen Anleihen in Höhe von insgesamt 1.684 Mrd. Euro sollen bis mindestens Ende 2024 vollständig reinvestiert werden.

An den Aktienmärkten begann der DAX das Jahr mit leichten Verlusten, die sich nach dem russischen Einmarsch in der Ukraine schnell ausweiteten. Nach noch 15.884,86 Punkten zum Jahresauftakt fiel der Deutsche Leitindex bis zum 8. März auf einen zwischenzeitlichen Tiefstand von 12.831,51 Punkten. Zwar konnten die starken Verluste wieder ausgeglichen werden, die Abwärtsbewegung hielt aber an. Am 29. September erreichte der DAX seinen Jahrestiefstand mit 11.975,55 Punkten, ein Rückgang um 24,6 Prozent zum Stand vom Jahresanfang. Dahinter standen die mit dem Krieg verbundenen Preisanstiege bei Rohstoffen und insbesondere Energie, also Erdöl und -gas. Für Erdgas konnte zudem eine Knappheit mit entsprechenden Rationierungen nicht ausgeschlossen werden. Zudem verteuerte die zunehmend weniger expansive Geldpolitik die Refinanzierung der Unternehmen und senkte die Wachstumserwartungen für das laufende und die kommenden Jahre.

Der ungewöhnlich warme Winter des 4. Quartals 2022 entschärfte diese Negativszenarien der Konjunktur und Energieversorgung. Da der Energieverbrauch aufgrund des milden Wetters sank und die chinesische Wirtschaft bis spät im Jahr in Corona-Lockdowns verharrte und entsprechend weniger Energie nachfragte, fielen auch die Notierungen der Energiepreise. Damit verbesserten sich die Erwartungen für die europäische Wirtschaft, während auf hohem Niveau rückläufige Inflationsraten in den USA die Erwartung an weitere Leitzinserhöhungen dämpften und damit die Konjunkturerwartungen verbesserten. Zuletzt wandte sich die Volksrepublik China im Dezember 2022 von ihrer Null-Covid-Politik ab, wodurch sich eine wirtschaftliche Öffnung des Landes und damit wieder mehr Absatzchancen für westliche und deutsche Unternehmen im Jahr 2023 abzeichneten. Der DAX konnte sich daher zum Jahresende auf 13.923,59 Punkte erholen, ein Anstieg um 16,3 Prozent zum Tiefststand in September.

Auf das Gesamtjahr gerechnet verlor der DAX allerdings 12,3 Prozent und zeichnete sich wie die globalen Aktien- und Anleihenmärkte durch deutlich gestiegene Volatilität aus. Im internationalen Vergleich entwickelte sich der Deutsche Leitindex damit schlechter als der europäische Index Euro Stoxx 50, der 11,7 Prozent verlor, oder der traditionelle US-Index Dow Jones mit -8,8 Prozent. Der technologielastige Nasdaq verlor hingegen mit 33,1 Prozent deutlich stärker an Wert.

Genossenschaftsbanken im Jahr 2022

Auch wenn die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Deutschlands im Jahr 2022 im Zuge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine durch steigende Leit- und damit in der Folge auch höhere Kreditzinssätze, aber auch durch einen gravierenden Fachkräftemangel und Materialengpässe sowie den Kaufkraftentzug durch die hohe Teuerung geprägt war, steigerten die deutschen Genossenschaftsbanken im Geschäftsjahr 2022 erneut ihre Kreditvergabe. So stiegen die bilanziellen Kundenforderungen der Genossenschaftsbanken im Vorjahresvergleich um 46 Milliarden Euro auf 757 Milliarden Euro (+6,5 Prozent). Auch die Kundeneinlagen legten zu, wobei die Sparquote der privaten Haushalte wieder auf das Vor-Pandemie-Niveau zurückgegangen ist. So sparten die Kunden auch im zurückliegenden Jahr trotz deutlich gestiegener Ausgaben aufgrund der Rekordinflation gut 28 Milliarden Euro und steigerten die Kundeneinlagen insgesamt auf 861 Milliarden Euro (+3,4 Prozent). Die addierte Bilanzsumme aller Genossenschaftsbanken stieg im Jahr 2022 um 30 Milliarden Euro oder 2,7 Prozent auf 1.175 Milliarden Euro.

Den Genossenschaftsbanken ist es im Jahr 2022 gelungen, das bilanzielle Eigenkapital mit einem deutlichen Plus von 5,2 Prozent auf 62 Milliarden Euro zu steigern. Die Rücklagen legten um 3,3 Prozent auf 45,8 Milliarden Euro zu, die Geschäftsguthaben (gezeichnetes Kapital) wuchsen um 10,7 Prozent auf 16,5 Milliarden Euro. Mit dieser Eigenkapitalausstattung können die Genossenschaftsbanken die Kreditwünsche der Privatkunden sowie gleichermaßen auch der Firmenkunden auch in Zukunft erfüllen. Angesichts des Investitionsbedarfs auf Privat- und Firmenkundenseite in Bereichen wie der energetischen Sanierung, CO₂-freie Energieerzeugung und Digitalisierung ist mittelfristig wieder mit einem wachsenden Kreditgeschäft zu rechnen.

Der Konsolidierungsprozess unter den Instituten setzte sich gegenüber dem Vorjahr in einem leicht verringerten Umfang fort. Die Zahl der selbständigen Genossenschaftsbanken lag per Ende 2022 bei 737 Banken. Sie sank fusionsbedingt um 35 Institute bzw. um -4,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Im zurückliegenden Jahr konnten die Genossenschaftsbanken gut 270.000 neue Mitglieder gewinnen (Bruttozugänge). Nach vielen Jahren deutlicher Mitgliederzuwächse seit der Finanzmarktkrise konnten die Genossenschaftsbanken jedoch im vergangenen Jahre netto keinen Mitgliederzuwachs verzeichnen. Aktuell beträgt die Zahl der Mitglieder 17,9 Millionen (Vorjahr 18,2 Millionen, Netto-Rückgang von -231.000, -1,3 Prozent). Zur Stärkung der Eigenkapitalbasis wurde zudem die Beteiligungsmöglichkeit der Mitglieder durch Zeichnung zusätzlicher Geschäftsanteile genutzt. Mit dem höheren Zinsniveau werden sich auch zukünftig die Dividenden auf Geschäftsanteile bei den Genossenschaftsbanken tendenziell erhöhen und damit verbessert sich die Attraktivität der Mitgliedschaft weiter.

Regionale Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern

Die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern zeigt sich insgesamt trotz der wirtschaftlich nicht einfachen Zeiten robust. Industrie, Handwerk und Gesundheitswirtschaft sind stabile Anker der heimischen Wirtschaft. Auch der Tourismus zieht wieder an. Allerdings machen die Auswirkungen der Corona-Pandemie und des Ukrainekrieges sowie die hohe Inflation den Unternehmen weiter zu schaffen. Teilweise veränderte Lieferketten, fehlende Materialien und das Suchen nach Fachkräften sind aktuell große Herausforderungen für die Unternehmen.

Im Gesamtjahr 2022 wird die Wirtschaft voraussichtlich weiterwachsen. Es wird mit einem moderaten Anstieg der Wirtschaftsleistung gerechnet. Der Anstieg des Bruttoinlandsproduktes in Mecklenburg-Vorpommern dürfte im Rahmen der von der Bundesregierung und den Wirtschaftsforschungsinstituten für Gesamtdeutschland prognostizierten Werte zwischen 1,0 und 1,5 Prozent liegen.

Für das kommende Jahr 2023 sind die Prognosen insgesamt noch sehr vage. Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern hält zuverlässige Prognosen aufgrund der bestehenden Unsicherheiten nur für sehr schwer möglich.

2. Finanzielle Leistungsindikatoren

Über unsere strategische Eckwert- und Kapitalplanung steuern wir die Entwicklung unseres Instituts auf Grundlage von Kennzahlen und Limiten. Dabei verwenden wir die folgenden bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren, die sich auch aus unserer Geschäfts- und Risikostrategie ableiten lassen und die wir mithilfe unseres internen Berichtswesens regelmäßig überwachen.

- Betriebsergebnis vor Bewertung (mindestens 0,70 Prozent zur durchschnittlichen Bilanzsumme)
- Cost Income Ratio (CIR) (kleiner 70 Prozent)
- Gesamtkapitalquote (CRR) (mindestens 13,71 Prozent)

Als bedeutsamster Leistungsindikator für die Rentabilität der Bank wird die Relation des Betriebsergebnisses vor Bewertung zur durchschnittlichen Bilanzsumme (nachfolgend: "BE vor Bewertung / dBS") festgelegt. Die Kennzahl BE vor Bewertung / dBS misst die Ertragskraft der Bank in Relation zum Geschäftswachstum gemessen als durchschnittliche Bilanzsumme.

Als Leistungsindikator für die Wirtschaftlichkeit / Effizienz oder Produktivität unseres Instituts wurde die Cost Income Ratio (nachfolgend: "CIR") bestimmt. Sie stellt das Verhältnis der Summe der ordentlichen Betriebsaufwendungen zur Summe der ordentlichen Erträge dar.

Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Bank durch nachhaltiges Wachstum werden im Kontext steigender Kapitalanforderungen angemessene Eigenmittel benötigt. Als bedeutsamster Leistungsindikator für die Kapitalausstattung dient die aufsichtsrechtlich festgelegte Gesamtkapitalquote nach Artikel 92 Absatz 2 CRR. Sie stellt das Verhältnis der Summe der Eigenmittel zur Summe des Gesamtrisikobetrages dar.

Die Darstellung, Analyse und Beurteilung der einzelnen finanziellen Leistungsindikatoren erfolgen in den nächsten Abschnitten.

3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs

Die Entwicklung der von uns definierten bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren stellt sich im Geschäftsjahr 2022 wie folgt dar:

Die maßgeblichen Ergebniseinflussgrößen des bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikators BE vor Bewertung / dBS sind der Zins- und Provisionsüberschuss sowie die Verwaltungsaufwendungen. Die Steuerung dieser Einflussgrößen basiert auf unserer Planung. Regelmäßig wird die mehrjährige Planung zum Ende des Geschäftsjahres für den nächsten 5-Jahreszeitraum überprüft und gegebenenfalls neueren Erkenntnissen und Erwartungen angepasst. Unterjährige Plananpassungen werden nur durchgeführt, wenn außergewöhnliche Ereignisse sowie erkennbare signifikante Abweichungen ein Festhalten an der bisherigen Planung als Steuerungsgrundlage nicht mehr als zielführend erachtet werden kann. Im Geschäftsjahr 2022 trat solch ein außergewöhnliches Ereignis nicht ein.

Im Ergebnis wurde bei einem leicht unterplanmäßigen Zinsüberschuss und leicht überplanmäßigen Provisionsüberschuss sowie gegenüber der Planung geringeren Verwaltungsaufwendungen ein mit 0,85% zur dBS deutlich über der konservativen Planung von 0,65% zur dBS liegendes Betriebsergebnis vor Bewertung erwirtschaftet. Absolut erreichten wir aufgrund der deutlich höher ausgefallenen dBS einen gegenüber der Planung um 0,3 Mio. EUR höheren Zins- und um 0,5 Mio. EUR höheren Provisionsüberschuss. Zu einer deutlichen Verbesserung des Betriebsergebnisses vor Bewertung gegenüber der Planung trugen die erreichten Reduzierungen bei den Aufwendungen bei. Bei den Personalaufwendungen sind geringere Aufwendungen von 0,6 Mio. EUR zu verzeichnen, bei den anderen Verwaltungsaufwendungen solche von 0,4 Mio. EUR. Die Abschreibungen bewegten sich leicht unter dem Planniveau. Per Saldo haben wir mit 8,5 Mio. EUR eine Verbesserung des Betriebsergebnisses vor Bewertung gegenüber der Planung von 2,7 Mio. EUR und gegenüber dem Vorjahr von 0,8 Mio. EUR erreicht.

Gegenüber der Planung fiel das Bewertungsergebnis negativer aus. In der Planung sind wir im Kundenkreditgeschäft von einem Bewertungsaufwand in Höhe von 0,5 Mio. EUR ausgegangen. Dies entsprach auch dem tatsächlichen Aufwand zum Jahresende. Darin enthalten sind Zuführungen zu den Pauschalwertberichtigungen nach IDW RS BFA 7 in Höhe von 0,6 Mio. EUR. Das Bewertungsergebnis bei den Wertpapiern hat sich deutlich negativer entwickelt. Sind wir bei der Planaufstellung noch von einem Bewertungsaufwand in Höhe von 0,1 Mio. EUR ausgegangen, so mussten wir zum Jahresende vor dem Hintergrund der Zinspolitik der EZB ein negatives Bewertungsergebnis in Höhe von 3,5 Mio. EUR bei den Wertpapieren verzeichnen.

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit liegt durch die höhere Belastung aus den Bewertungsergebnis um 3,5 Mio. EUR unter dem Vorjahr, wird aber unter den im Jahr 2022 gegebenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit 4,5 Mio. EUR als zufriedenstellend bewertet.

In Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 S. 2 HGB haben wir den Saldo aus den latenten Steuern in Höhe von 9,3 Mio. EUR erstmalig im Jahresabschluss 2022 aktiviert.

Die CIR lag im Geschäftsjahr 2022 bei 63,2 Prozent (Vorjahr: 65,5 Prozent) und somit deutlich unter dem Planwert in Höhe von 73,1 Prozent.

Die Vermögenslage unserer Bank konnte im Geschäftsjahr 2022 absolut verbessert werden. Maßgeblich hierzu beigetragen hat der hohe Ergebnisbeitrag aus der Aktivierung latenter Steuern mit 9,3 Mio. EUR, der über die Aufstockung des Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB der Eigenkapitalausstattung zugeführt wurde.

Die aufsichtsrechtlich geforderte Gesamtkapitalquote unserer Bank beläuft sich zum 31. Dezember 2022 auf 15,5 Prozent (Vorjahr 16,1 Prozent). Bei einer zum Jahresresultato 2022 einzuhaltenden Untergrenze von 10,5 Prozent bzw. einer gesamt regulatorischen Kapitalanforderung inklusive Eigenmittelzielkennziffer von 12,7 Prozent besteht ausreichend Spielraum für aktives Kundengeschäft.

Die Entwicklung aller bedeutsamsten Leistungsindikatoren liegt im Rahmen unserer Erwartungen.

	Berichtsjahr	2021	Veränderung zu 2021	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Bilanzsumme	952.008	880.231	71.777	8,2
Außerbilanzielle Geschäfte *)	126.539	74.919	51.620	68,9

*) Hierunter fallen die Posten unter dem Bilanzstrich 1 (Eventualverbindlichkeiten), 2 (Andere Verpflichtungen) und Derivatgeschäfte.

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 71,8 Mio. EUR. Begründet wurde dieser Anstieg im Wesentlichen durch den Zuwachs von Kundeneinlagen (58,9 Mio. EUR). Die Mittelzuflüsse wurden in der Mittelverwendung überwiegend in Forderungen gegenüber Kunden (+32,6 Mio. EUR) und Kreditinstituten (+14,0 Mio. EUR) sowie Eigenanlagen in Wertpapiere (+17,5 Mio. EUR) investiert.

Bei den außerbilanziellen Geschäften handelt es sich um Bankgeschäfte wie Avalkredite, unwiderrufliche Kreditzusagen und zinsbezogene OTC-Geschäfte. Die Erhöhung um 51,7 Mio. EUR auf 126,6 Mio. EUR resultiert überwiegend aus der Umwidmung von Credit Linked Notes ins Anlagevermögen. Die getrennt bilanzierten Credit Default Swaps, die als gestellte Kreditsicherheiten behandelt werden, machen einen Umfang von 46,8 Mio. EUR aus.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr	2021	Veränderung zu 2021	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Kundenforderungen	323.570	290.998	32.572	11,2
Wertpapieranlagen	462.519	445.053	17.466	3,9
Forderungen an Kreditinstitute	62.104	48.102	14.002	29,1

Die bilanziellen Kundenforderungen erhöhten sich zum Jahresultimo um 11,2 Prozent bzw. 32,6 Mio. EUR. Ihr Anteil an der Bilanzsumme beträgt 34,0 Prozent. Insbesondere bei den Firmenkunden sowie bei den Baufinanzierungen stieg das Kreditvolumen deutlich an. Die Kundenforderungen sind nach Branchen und Größenklassen breit gefächert. Die größten Branchenanteile am gesamten Kreditvolumen haben die Land- und Forstwirtschaft, die Grundstücks- und Wohnungswirtschaft sowie das Gastgewerbe.

Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich durch die Anlage von Termingeldern bei der DZ Bank AG zum Bilanzstichtag um 14,0 Mio. EUR.

Der Bestand an Wertpapieren erhöhte sich insgesamt um 17,5 Mio. EUR, wobei sich der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren um 0,5 Mio. EUR auf 128,7 Mio. EUR erhöhte. Dieser Saldo setzt sich aus Wertpapieranlagen des Anlagevermögens mit 73,6 Mio. EUR und Wertpapieranlagen der Liquiditätsreserve mit 55,1 Mio. EUR zusammen. Der Bestand an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren erhöhte sich insgesamt um 17,0 Mio. EUR auf 333,8 Mio. EUR. Er ist insgesamt dem Anlagevermögen zugeordnet. Weiterhin bestehen noch offene Zeichnungszusagen gegenüber verschiedenen Kapitalverwaltungsgesellschaften zum Ende des Geschäftsjahres in Höhe von 15,6 Mio. EUR.

Passivgeschäft	Berichtsjahr	2021	Veränderung zu 2021	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	44.521	43.578	943	2,2
Spareinlagen	250.523	237.483	13.040	5,5
andere Einlagen	541.421	495.516	45.906	9,3

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich im Berichtsjahr um 0,9 Mio. EUR auf 44,5 Mio. EUR. In dieser Position sind diverse zweckgebundene Einzelrefinanzierungen der Landwirtschaftlichen Rentenbank in Höhe von 11,7 Mio. EUR und der DZ BANK AG in Höhe von 32,8 Mio. EUR erfasst.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich im Berichtsjahr deutlich höher als geplant. Die Spareinlagen stiegen um 13,0 Mio. EUR auf 250,5 Mio. EUR an. Bei den anderen Einlagen weiteten sich die täglich fälligen Einlagen um 54,3 Mio. EUR auf 488,8 Mio. EUR aus, während sich die Einlagen mit vereinbarten Laufzeiten um 8,3 Mio. EUR auf 52,7 Mio. EUR verringerten.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr	2021	Veränderung zu 2021	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	18	26	-8	-31,6
Vermittlungserträge	3.510	3.676	-166	-4,5
Erträge aus Zahlungsverkehr	4.741	4.280	461	10,8

Die Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften reduzierten sich zum Vorjahr um 8,0 TEUR. Ursache für die Verringerung ist überwiegend die Auslagerung von Kundendepots zur Union Investment-Gruppe. Die Provisionserträge aus dem Vermittlungsgeschäft haben sich um 166,0 TEUR verringert. Dabei wirkten sich insbesondere die gesunkenen Provisionszahlungen der Union Investment Privatfonds GmbH (-30,6 TEUR) sowie die geringeren Kreditvermittlungsprovisionen (-150,7 TEUR) negativ aus.

Die Erträge aus dem Zahlungsverkehr sind gestiegen. Die Erträge aus Kontoführungs- und Buchungspostentgelten weisen gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von 312,4 TEUR aus. Diese auffällige Abweichung zum Vorjahr beruht im Wesentlichen auf dem Sachverhalt, dass die vorjährigen Erträge in dieser Position um 305,0 TEUR zugunsten einer Rückstellungsbildung für Risiken aufgrund des BGH-Urteils zum AGB-Änderungsmechanismus reduziert wurden. Zudem sind die Erträge aus dem Kartengeschäft um 150,9 TEUR auf 1.060,0 TEUR angestiegen und befinden sich damit wieder auf dem Niveau der Vor-Corona-Jahre.

4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der wirtschaftlichen Lage

a) Ertragslage

Das erwirtschaftete Ergebnis wies im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr in seinen Kerngrößen die nachfolgende Entwicklung auf:

Erfolgskomponenten	Berichtsjahr	2021	Veränderung zu 2021	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Zinsüberschuss ¹⁾	13.952	14.118	-166	-1,2
Provisionsüberschuss ²⁾	7.868	7.419	449	6,0
Verwaltungsaufwendungen	13.716	13.606	110	0,8
a) Personalaufwendungen	8.183	8.193	-10	-0,1
b) andere Verwaltungs- aufwendungen	5.533	5.414	119	2,2
Betriebsergebnis vor Bewertung ³⁾	8.483	7.671	812	10,6
Bewertungsergebnis ⁴⁾	-3.999	337	-4.336	***. *
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	4.484	8.008	-3.524	-44,0
Steueraufwand	-7.530	1.910	-9.440	-494,2
davon Aufwand/Ertrag aus latenten Steuern	-9.284	0	-9.284	***. *
Einstellungen in den Fonds für allgemeine Bankrisiken	11.520	5.600	5.920	105,7
Jahresüberschuss	494	498	-4	-0,8

¹⁾ GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2 zuzüglich GuV-Posten 3

²⁾ GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6

³⁾ Saldo aus den GuV-Posten 1 bis 12

⁴⁾ Saldo aus den GuV-Posten 13 bis 16

Der Zinsüberschuss der Bank wird maßgeblich von den Erträgen aus Kundengeschäften (7.825,9 TEUR) sowie aus Eigenanlagen einschließlich der Zinserträge von Kreditinstituten und der laufenden Erträge (6.556,0 TEUR) geprägt. Bei den Erträgen aus Kundengeschäften verzeichneten wir einen Rückgang um 198,8 TEUR und bei den Erträgen aus Eigenanlagen einen Rückgang um 649,2 TEUR. Bei der Entwicklung der Erträge aus dem Eigengeschäft ist ein Einmaleffekt, der sich aus der Umwidmung von Credit Link Notes (CLN) aus der Liquiditätsreserve ins Anlagevermögen ergibt, zu berücksichtigen. Durch die nunmehr getrennte Bilanzierung teilen sich die Erträge in Zinserträge aus der Basisanleihe und Provisionserträge für die CDS auf. Dies führt zu einem Rückgang des Zinsertrages um 529,6 TEUR.

Die Zinsaufwendungen für Kreditinstitute und Kunden haben sich um 681,9 TEUR auf 430,2 TEUR reduziert. Im Vorjahr wurden Vorfälligkeitsentschädigungen für vorzeitig zurückgezahlte Globaldarlehen geleistet. Insgesamt verringerte sich so der Zinsüberschuss im Berichtsjahr um 1,2 Prozent auf 13.952 TEUR.

Der Provisionsüberschuss hat eine Steigerung um 448,6 TEUR erfahren. Im Wesentlichen standen einer Zunahme der Erträge aus Zahlungsverkehrsdienstleistungen (+460,7 TEUR) ein Rückgang der Provisionserträge aus dem Vermittlungsgeschäft (-166,0 TEUR) sowie höhere Provisionsaufwendungen für Kreditvermittlungen (+212,7 TEUR) und Leistungen der Union Investment (+173,1 TEUR) gegenüber. Die deutliche Zunahme der Erträge aus Zahlungsverkehrsdienstleistungen beruht im Wesentlichen auf dem Sachverhalt, dass die vorjährigen Erträge in dieser Position um 305,0 TEUR zugunsten einer Rückstellungsbildung für Risiken aufgrund des BGH-Urteils zum AGB-Änderungsmechanismus reduziert wurden. Der Ertrag aus der zuvor beschriebenen getrennten Bilanzierung der CLN beläuft sich auf 551,6 TEUR.

Die Verwaltungsaufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 109,9 TEUR geringfügig erhöht. Dabei sind die Personalaufwendungen stabil geblieben, während sich anderen Verwaltungsaufwendungen leicht erhöht haben.

Insgesamt erhöhte sich das Betriebsergebnis vor Bewertung so gegenüber dem Vorjahr um 812,3 TEUR auf 8.483,2 TEUR.

Das Bewertungsergebnis liegt mit -3.998,8 TEUR deutlich unter dem Vorjahreswert (+337,4 TEUR). Diese Veränderung resultiert hauptsächlich aus der Bewertung unserer Eigenanlagen sowie der erstmaligen Ermittlung der Pauschalwertberichtigungen nach IDW RS BFA 7.

Bei den Bewertungsaufwendungen Eigenanlagen ist zu berücksichtigen, dass die Bewertung des Wertpapierbestandes mit gut 88,0% ganz überwiegend nach dem gemilderten Niederstwertprinzip erfolgte und hierdurch Abschreibungen in Höhe von 18,3 Mio. EUR vermieden wurden, die andernfalls zu einem Jahresfehlbetrag geführt hätten. Die Gesamtbewertung ist fast ausschließlich zinsinduziert und maßgeblich auf das geopolitische Umfeld zurückzuführen, insbesondere auf den Anstieg des Zinsniveaus infolge geldpolitischer Maßnahmen mehrerer Zentralbanken als Maßnahme zur Eindämmung der inflationären Entwicklung.

Der Steueraufwand vom Einkommen und vom Ertrag ist mit einem positiven Betrag von 7.529,9 TEUR belegt. Darin sind Erträge aus der Aktivierung latenter Steuern in Höhe von 9.283,5 TEUR enthalten. Der Steueraufwand aus dem Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit beträgt 1.753,6 TEUR.

Durch die Einstellung von 11.520,0 TEUR in den Fonds für allgemeine Bankrisiken erfolgt eine weitere Stärkung des Kernkapitals im Hinblick auf die zukünftigen Eigenmittelanforderungen für Kreditinstitute.

Aus dem Jahresüberschuss sehen wir die satzungsgemäße Dotierung der Rücklagen und eine Dividendenzahlung in Höhe von 2,0 Prozent vor.

b) Finanzlage

Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur ist maßgeblich durch die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (791,9 Mio. EUR) gekennzeichnet, die einen Anteil von 83,2 Prozent der Passiva aufweisen. Das Volumen der bei Kreditinstituten aufgenommenen Finanzierungsmittel beträgt 44,5 Mio. EUR bzw. 4,7 Prozent der Bilanzsumme.

Investitionen

Im Geschäftsjahr nahmen wir turnusmäßig Modernisierungen und Instandhaltungsmaßnahmen in unseren Geschäftsstellen sowie Ersatzinvestitionen in den Bereichen der SB- und Bürotechnik sowie Fahrzeugen vor. Insgesamt wurden im Geschäftsjahr für Investitionen 202,8 TEUR aufgewandt, davon für Betriebs- und Geschäftsausstattung 156,9 TEUR. Zur Unterhaltung des betriebsbedingten Sachanlagevermögens wurden Instandhaltungsaufwendungen in Höhe von 416,9 TEUR getätigt, weitere 64,6 TEUR für die Unterhaltung des bankfremden Sachanlagevermögens, das ganz überwiegend aus vermieteten Wohnungen besteht.

Liquidität

Die Geschäfts- und Refinanzierungsstruktur der Bank ist maßgeblich geprägt durch das Kundengeschäft als Basis der Liquiditätsausstattung. Die Zahlungsfähigkeit unseres Instituts war im abgelaufenen Geschäftsjahr nach Art, Höhe und Fristigkeit jederzeit gegeben. Die monatlichen Meldungen der Liquidity Coverage Ratio (LCR) und der Net Stable Funding Ratio (NSFR) wiesen im Berichtszeitraum einen Wert von mindestens 100,0 % aus. Weitere Überprüfungen der untermonatlichen Berechnung der LCR und der NSFR ergaben ebenfalls keine Unterschreitung der Mindestquote von 100,0 % im Berichtszeitraum. Zum Jahresultimo lag die LCR bei 189,5 Prozent und die NSFR bei 122,1 Prozent.

Bei Liquiditätsschwankungen kann die Bank auf hochliquide Aktiva und ausreichende Liquiditätsreserven auch in Form von Bankguthaben zurückgreifen. Durch die Einbindung in die genossenschaftliche Finanzgruppe und die Refinanzierungsfazilitäten der EZB bestehen weitere Refinanzierungsmöglichkeiten.

Vor diesem Hintergrund ist die Fähigkeit der Kreditgenossenschaft zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen jederzeit gesichert.

Außerplanmäßige Liquiditätsbelastungen aus außerbilanziellen Verpflichtungen haben sich nicht ergeben.

c) Vermögenslage

Die Eigenkapitalstruktur der Bank ist geprägt von Geschäftsguthaben der Mitglieder, erwirtschafteten Rücklagen und dem Fonds für allgemeine Bankrisiken. Im Geschäftsjahr wurde das Eigenkapital durch Zuführung zu den Rücklagen und zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gestärkt.

Die in unserem Institut getroffenen Vorkehrungen zur ordnungsgemäßen Ermittlung des Kernkapitals und des Ergänzungskapitals im Rahmen der bankaufsichtlichen Meldungen sind angemessen. Nach den vertraglichen sowie satzungsmäßigen Regelungen erfüllen die angesetzten Kapitalinstrumente die Anforderungen der CRR zur Anrechnung als aufsichtsrechtlich anerkanntes Kern- und Ergänzungskapital.

Die relevanten Vorgaben des KWG sowie der CRR wurden im Geschäftsjahr eingehalten.

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Absatz 1 Satz 4 KWG beläuft sich auf 0,05 Prozent.

Das bilanzielle Eigenkapital sowie die Eigenmittelausstattung und Kapitalquoten stellen sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr	2021	Veränderung zu 2021	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Eigenkapital laut Bilanz ¹⁾	109.781	97.880	11.901	12,2
Eigenmittel (Art. 72 CRR)	104.618	99.113	5.505	5,6
Harte Kernkapitalquote	14,9 %	14,9 %		
Kernkapitalquote	14,9 %	14,9 %		
Gesamtkapitalquote	15,5 %	16,1 %		

¹⁾ Hierzu rechnen die Passivposten 9 (Nachrangige Verbindlichkeiten), 10 (Genussrechtskapital), 11 (Fonds für allgemeine Bankrisiken) und 12 (Eigenkapital).

Unter Berücksichtigung einer Vorwegzuweisung in Höhe von 11,5 Mio. EUR zum "Fonds für allgemeine Bankrisiken" gemäß § 340g HGB ergibt sich ein Eigenkapital laut Bilanz von 109,8 Mio. EUR; das sind 11,5 Prozent (Vorjahr 11,0 Prozent) der Bilanzsumme.

Die Wertpapieranlagen der Genossenschaft entwickelten sich wie folgt:

Wertpapieranlagen	Berichtsjahr	2021	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Anlagevermögen	407.456	318.090	89.367	28,1
Liquiditätsreserve	55.063	126.963	-71.901	-56,6

Unsere Wertpapieranlagen erhöhten sich zum Bilanzstichtag auf insgesamt 462,5 Mio. EUR, was einem Anteil von 48,6 Prozent der Bilanzsumme entspricht. Von den Wertpapieranlagen entfällt ein Anteil von 27,8 Prozent auf Schuldverschreibungen und festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 5) bzw. von 72,2 Prozent auf Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 6).

Die im Bestand befindlichen Wertpapiere im Aktivposten 5 wurden in Höhe von 55,1 Mio. EUR wie Umlaufvermögen nach dem strengen Niederstwertprinzip und in Höhe von 73,6 Mio. EUR wie Anlagevermögen bewertet. Der Aktivposten 6 beinhaltet Anteile an Investmentfonds in Höhe von 333,8 Mio. EUR, welche dem Anlagevermögen zugeordnet und wie Anlagevermögen bewertet sind. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr um 16,9 Mio. EUR resultiert insbesondere aus der Wiederanlage von Ausschüttungen im VR-Dachfonds Nr. 1, Zukäufen und Kapitalabrufen aus eingegangenen Zeichnungsverpflichtungen für verschiedene Fondsanlagen von Kapitalverwaltungsgesellschaften.

Durch die Bewertung der vorgenannten Wertpapiere wie Anlagevermögen wurden im Geschäftsjahr Abschreibungen in Höhe von 18,3 Mio. EUR vermieden

Für einen besseren Einblick in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurde in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 S. 2 HGB erstmals zum 31.12.2022 der Saldo aus den latenten Steuern in Höhe von 9,3 Mio. EUR aktiviert. Daraus ergeben sich Auswirkungen auf die Vermögens- und Ertragslage in Höhe des aktivierten Betrags, welcher vollständig dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB zugeführt wurde. Die aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus der Bewertung von Vermögensgegenständen, insbesondere bei den Forderungen an Kunden, den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren und den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren.

5. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Unsere Bank versteht sich als mittelständisches Unternehmen aus der Region für die Region mit Fokus auf das Privatkundengeschäft und den gewerblichen Mittelstand.

Sie verfügt über eine den aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechende Vermögenslage. Aus dem Ergebnis des abgelaufenen Geschäftsjahres nehmen wir eine der Kapitalplanung und den strategischen Anforderungen entsprechende weitere Eigenkapitaldotierung vor. Die Eigenmittelausstattung der Bank übersteigt zum Geschäftsjahresende die von der Aufsicht geforderte Gesamtkapitalquote. Die Finanz- und Liquiditätslage unserer Bank entspricht ebenfalls den aufsichtsrechtlichen und betrieblichen Erfordernissen. Für erkennbare und latente Risiken in den Kundenforderungen wurden Wertberichtigungen gebildet und dem allgemeinen Kreditrisiko ist durch Abzug einer Pauschalwertberichtigung Rechnung getragen worden.

Zusammenfassend beurteilen wir die Ertragslage für das abgelaufene Geschäftsjahr als zufriedenstellend. Bei dieser Beurteilung wird auf die betriebswirtschaftliche Ertragslage, beurteilt anhand des Betriebsergebnisses vor Bewertung zur dBS, abgestellt. Bei einem leicht unterplanmäßigen Zinsüberschuss und leicht überplanmäßigen Provisionsüberschuss sowie gegenüber der Planung geringeren Verwaltungsaufwendungen wurde ein deutlich über der konservativen Planung liegendes Betriebsergebnis vor Bewertung erwirtschaftet. In der weiteren handelsrechtlichen Ergebnisrechnung haben dann insbesondere die saldiert erheblichen Bewertungsaufwendungen auf die Eigenanlagen belastend gewirkt und die Ertragslage vor gewinnabhängigen Steuern fast halbiert. Aufgrund der geschäftspolitischen Entscheidung zur Aktivierung der latenten Steuern im Geschäftsjahr 2022 sind diese Belastungen in hohem Maße überkompensiert worden und haben zu einem hohen Jahresüberschuss vor Verwendung durch Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken geführt.

Bei den Bewertungsaufwendungen Eigenanlagen ist zu berücksichtigen, dass die Bewertung des Wertpapierbestandes mit gut 88,0% ganz überwiegend nach dem gemilderten Niederstwertprinzip erfolgte und hierdurch Abschreibungen in Höhe von 18,3 Mio. EUR vermieden wurden, die andernfalls zu einem Jahresfehlbetrag geführt hätten. Die Gesamtbewertung ist fast ausschließlich zinsinduziert und maßgeblich auf das geopolitische Umfeld zurückzuführen, insbesondere auf den Anstieg des Zinsniveaus infolge geldpolitischer Maßnahmen mehrerer Zentralbanken als Maßnahme zur Eindämmung der inflationären Entwicklung.

Im Geschäftsjahr konnten die Vertriebsziele sowohl im Privatkundengeschäft als auch im Geschäft mit unseren gewerblichen Kunden erreicht und teilweise überschritten werden. Anlagesuchende Kundengelder werden seit Jahren bevorzugt in die genossenschaftliche FinanzGruppe vermittelt. Das gesamte Kundenwertvolumen erreichte zum Jahresresultimo 2022 einen Stand von 1.966,5 Mio. EUR und wuchs damit gegenüber dem Vorjahr um 42,9 Mio. EUR oder 2,2 Prozent an.

C. Risiko- und Chancenbericht

Risikomanagementsystem und -prozess

Die Ausgestaltung des Risikomanagementsystems wird durch unsere vom Gesamtvorstand festgelegte Geschäfts- und Risikostrategie bestimmt. Hierin sind die strategischen Unternehmensziele unserer Bank und unsere geplanten Maßnahmen zur Sicherung des langfristigen Unternehmenserfolgs beschrieben sowie das Grundverständnis des Vorstandes zu den wesentlichen Fragen der Geschäftspolitik dokumentiert. Zur Steuerung der mit der Umsetzung der Geschäfts- und Risikostrategie verbundenen Risiken hat der Vorstand mehrere hierzu konsistente Teilstrategien verabschiedet.

Konsistent zu unserer Geschäfts- und Risikostrategie wurde eine Unternehmensplanung entwickelt, die eine langfristige und umfassende Begleitung unserer Mitglieder und Kunden im Hinblick auf Finanzierungswünsche, Vermögensanlagen und Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr sicherstellt.

Mit Hilfe einer strategischen Eckwert- und Kapitalplanung für einen Zeitraum von 5 Jahren steuern wir die Entwicklung unseres Instituts. Die Annahmen für die Markt- und Volumenentwicklungen erfolgen hierbei durch Experten auf Basis von Marktprognosen. Die abgeleiteten Ertrags- und Vermögenswirkungen werden anhand von Simulationsrechnungen mit Unterstützung der Steuerungssoftware VR-Control ermittelt.

Die Geschäfts- und Risikostrategie sowie die Teilstrategien werden im Rahmen des von uns festgelegten Strategieprozesses regelmäßig überprüft. Das von der Bank verwendete Strategiemodell zeigt den organisatorischen Rahmen für die Strategie(über)prüfung und für die Vernetzung der strategischen und operativen Gesamtbanksteuerung auf.

Die Unternehmensleitung trägt für das Risikomanagement die Gesamtverantwortung. Dabei wird sie durch den Bereich Unternehmenssteuerung bei risikopolitischen Fragen, insbesondere bei der Entwicklung und Umsetzung der Geschäfts- und Risikostrategie sowie bei der Ausgestaltung eines Systems zum Controlling und Management von Risiken, unterstützt. Der Bereich Unternehmenssteuerung ist zuständig für die Entwicklung von Grundsätzen, Methoden und Standards des Risikocontrollings, bei der sich auf die Verfahrensentwicklung in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken gestützt wird. Die Leitung der Risikocontrolling-Funktion im Sinne der MaRisk wurde dem Vorstand Produktion und Steuerung übertragen.

Aufgabe des Risikomanagements ist nicht die vollständige Risikovermeidung, denn unser Geschäftsmodell sieht die bewusste und gesteuerte Übernahme von Risiken in einzelnen Geschäftsfeldern vor. Dabei beachten wir folgende Grundsätze:

- Verzicht auf Geschäfte, deren Risiken vor dem Hintergrund der Risiko- und Liquiditätstragfähigkeit und der Risikostrategie unserer Bank nicht vertretbar sind
- Die zur Risikotragfähigkeitssteuerung eingesetzten Methoden und Verfahren berücksichtigen sowohl die Fortführung unseres Instituts durch die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen und Kapitalvorgaben (normative Perspektive) als auch den Schutz unserer Gläubiger vor Verlusten aus ökonomischer Sicht
- Systematisches Eingehen von Geschäftspositionen, bei denen Ertragschancen und Risiken in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen
- Risikobegrenzung durch Übertragung nicht strategiekonformer Risiken auf andere Marktteilnehmer (beispielsweise über Versicherungsverträge)
- Begrenzung von Risikokonzentrationen, außer den bewusst tolerierten, die aus dem strategischen Verbundgedanken und den Gegebenheiten des Regionalprinzips resultieren; zudem werden Konzentrationen, die sich aus der strategischen Ausrichtung der Bank ergeben (z. B. Besicherung mit Grundpfandrechten), akzeptiert
- Schadensbegrenzung durch aktives Management der operationellen Risiken
- Verwendung rechtlich geprüfter Verträge

Die Kontrolle und das Management der Risiken sind für uns zentrale Aufgaben und an dem Grundsatz ausgerichtet, die mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken zu identifizieren, zu beurteilen, zu steuern und zu überwachen sowie negative Abweichungen von der Erfolgs-, Kapital- und Liquiditätsplanung zu vermeiden.

Wir haben ein System zur Früherkennung von Risiken implementiert. Vor dem Hintergrund wachsender Komplexität der Märkte im Bankgeschäft sehen wir dies als eine zentrale Aufgabe an. Die zuständigen Organisationseinheiten berichten unmittelbar an den Vorstand. In diesem Rahmen sind ein Risikocontrolling- und -managementsystem mit entsprechenden Instrumenten eingerichtet, um bei Bedarf gegensteuernde Maßnahmen einleiten zu können.

Unsere Entscheidungsträger werden durch das interne Berichtssystem über die Geschäfts- und Risikoentwicklung frühzeitig informiert, um Maßnahmen zur Gegensteuerung ergreifen zu können.

Zum Zwecke der Risikoberichterstattung sind feste Kommunikationswege und Informationsempfänger bestimmt. Die für die Risikosteuerung relevanten Daten werden vom Bereich Unternehmenssteuerung zu einem internen Berichtswesen aufbereitet und verdichtet. Die Informationsweitergabe erfolgt dabei sowohl im Rahmen einer regelmäßigen als auch in Form einer anlassbezogenen Risikoberichterstattung.

Das regelmäßige Berichtswesen umfasst unter anderem die Risikotragfähigkeitsberechnung, Informationen zur Limitauslastung sowie Detailansichten zu den wesentlichen Risiken und bildet die Basis für Abweichungsanalysen (Soll-Ist-Vergleiche). Es dient als Grundlage für die Ableitung und Bewertung von Handlungsalternativen sowie für die Entscheidung und Umsetzung von Maßnahmen zur Risikosteuerung.

Die Bank überprüft die Risikoüberwachung regelmäßig, insbesondere mit Blick auf aufsichtsrechtliche Rahmenbedingungen und das Geschäftsmodell, um die Qualität der verfügbaren Informationen zur Erkennung und Bewertung potenzieller Risiken auf hohem Niveau zu halten. Hierdurch werden Entscheidungsprozesse risikoorientiert unterstützt. Die Interne Revision überwacht die Methoden, Systeme und Prozesse zum Risikomanagement im Rahmen ihrer laufenden Prüfungshandlungen.

Risikotragfähigkeit und Liquiditätstragfähigkeit

Die Planung und Steuerung der Risiken erfolgt auf Basis der Risiko- und Liquiditätstragfähigkeit der Bank unter Berücksichtigung der Geschäfts- und Risikostrategie. Es wird dabei unterschieden, ob die Risiken adäquat durch Vermögen im Sinne des Risikodeckungspotenzials (Risikotragfähigkeit) bzw. durch hochliquide Aktiva als Liquiditätsdeckungspotenzial (Liquiditätstragfähigkeit) gedeckt werden können. Die Tragfähigkeitskonzepte stellen sowohl die Ansprüche der Mitglieder, Kunden, Geschäftspartner und Mitarbeiter in den Vordergrund, die ein Interesse am Fortbestand des Unternehmens haben, sowie den Schutz der Gläubiger vor Verlusten sicher.

Die wirtschaftliche Unternehmensexistenz ist gewährleistet, wenn Verluste sowie Liquiditätsabflüsse ohne unternehmensgefährdende Auswirkungen getragen werden können.

Die Risikotragfähigkeit wird seit dem 31.03.2022 gemäß dem Leitfaden zur aufsichtlichen Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Bundesbank vom 24.05.2018 in der normativen und ökonomischen Perspektive ermittelt.

Die Risikotragfähigkeit in der normativen Perspektive, die einen periodischen Steuerungskreis darstellt, zielt auf die Fortführung der operativen Geschäftstätigkeit. In der normativen Perspektive werden die Eigenmittelanforderungen (Kapitalbedarf) den regulatorischen Eigenmitteln gegenübergestellt. Die Risikotragfähigkeit ist demnach gegeben, sofern der ermittelte Kapitalbedarf die Einhaltung der Mindesteigenkapitalquoten bewirkt. Darüber hinaus strebt die Bank ein strategisches Ambitionsniveau für die Kernkapitalquote an.

Die Risikotragfähigkeit in der normativen Perspektive wurde ausgehend von der Gesamtbankplanung mit einem Planungshorizont von mindestens drei Jahren ermittelt. In dieser wurde die Entwicklung des regulatorischen Kapitalbedarfs im Rahmen einer mehrjährigen Kapitalplanung bestimmt. Dabei wurden die geplanten Entwicklungen der eigenen Geschäftstätigkeit bzw. der strategischen Ziele sowie Veränderungen des wirtschaftlichen Umfelds und der aufsichtsrechtlichen Anforderungen, die sich auf den regulatorischen Kapitalbedarf auswirken, berücksichtigt.

Mögliche abweichende Entwicklungen wurden in einem adversen Szenario berücksichtigt. Dabei werden u. a. Bonitätsverschlechterungen im Kundenkreditgeschäft, sowie Rückgänge von Immobilienwerten betrachtet, die mit negativen Auswirkungen auf das Geschäftsmodell und die Kapitalausstattung der Bank einhergehen.

Die Risikotragfähigkeit in der normativen Perspektive war auf Grundlage der verwendeten Verfahren gegeben. Die Mindestkapitalquoten waren auch unter Berücksichtigung des adversen Szenarios eingehalten.

Die Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive zielt auf den Schutz der Gläubiger ab. Die ökonomische Risikotragfähigkeit ist demnach gegeben, wenn die barwertigen Risiken durch das Risikodeckungspotenzial laufend gedeckt sind. Darüber hinaus besteht unser Anspruch, das aus den geschäftspolitischen Zielen abgeleitete ökonomische Gesamtrisikolimit, welches unserem Risikoappetit entspricht, ebenfalls zu decken. Das Risikodeckungspotenzial der Bank wurde barwertig ermittelt. Darüber hinaus ist eine Warnschwelle festgelegt, die eine Befassung mit der Entwicklung der Risikotragfähigkeit auslöst, sofern das Risikodeckungspotenzial diese unterschreitet.

Die Risikoaggregation erfolgte ohne Berücksichtigung von Korrelationen zwischen den einzelnen Risikoarten additiv. Die in der ökonomischen Risikotragfähigkeit einbezogenen Risikoarten wurden auf einem Konfidenzniveau von 99,9 % mit einer Haltedauerannahme von einem Jahr berücksichtigt.

Die Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive war auf der Grundlage der verwendeten Verfahren und des vorhandenen Risikodeckungspotenzials gegeben und stellte sich zum Berichtsstichtag wie folgt dar:

Risikodeckungspotenzial	119,8 Mio. EUR
Gesamtbankrisikolimit	90,0 Mio. EUR
Gesamtbankrisiko	57,6 Mio. EUR

Die Auslastung des Gesamtbankrisikolimits betrug zum Bilanzstichtag 64 Prozent.

Risiken

Für unsere Risikobeurteilung zum Abschlussstichtag legen wir konsistent zum Prognosezeitraum einen Zeitraum von einem Jahr zugrunde, in dem auch das Vorliegen von bestandsgefährdenden Risiken beurteilt wird.

Bestandsgefährdende Risiken (wesentliche Risiken mit hohen Auswirkungen) liegen für den hier zugrunde gelegten Beurteilungszeitraum von einem Jahr nicht vor.

Mindestens jährlich wird eine ganzheitliche Risikoinventur durchgeführt. Dabei wird auch explizit überprüft, ob neue oder andersartige Risiken bzw. Risikokonzentrationen aufgetreten sind. Als wesentliche Risiken werden diejenigen Risiken eingestuft, die aufgrund von Art und Umfang, eventuell auch durch deren Zusammenwirken, die Ertrags-, Liquiditäts- und Vermögenslage sowie die Kapitalausstattung wesentlich beeinträchtigen können.

Wir bewerten aktuell das Adressrisiko, Marktpreisrisiko, operationelle Risiko sowie das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne als wesentliche Risiken.

Adressrisiko

Das Adressrisiko beschreibt die Gefahr, dass Verluste oder entgangene Gewinne aufgrund des Ausfalls von Geschäftspartnern, der Ratingmigration und / oder der adressbezogenen Spreadveränderung über das erwartete Maß hinaus entstehen. Es umfasst das Ausfall-, Migrations-, Spread- und Sicherheitenrisiko sowie Länderrisiko. Das Adressrisiko ist ein wesentliches Risiko.

Zur Steuerung des Adressrisikos setzen wir im Kundengeschäft Ratingsysteme zur Beurteilung der Bonität einzelner Engagements ein (im wesentlichen VR-Rating). Mit Hilfe der Steuerungssoftware VR-Control können wir ungünstige Entwicklungen im Kreditportfolio rechtzeitig identifizieren und frühzeitige Maßnahmen einleiten.

Die Bank ermittelt monatlich mit Hilfe des Kreditportfoliomodells für Kundengeschäfte (KPM-KG) unter VR-Control einen und einen unerwarteten Verlust (Credit-Value-at-Risk) aus dem Kundenkreditgeschäft. Die Berechnung erfolgt in einem mehrstufigen Verfahren, dem sowohl die aggregierten Blankoanteile in den Risikoklassen bzw. -gruppen des Forderungsbestandes als auch Ausfallwahrscheinlichkeiten und Branchenparameter zugrunde liegen.

Das Adressrisiko bei Eigenanlagen ermitteln wir im Rahmen der Risikotragfähigkeitskonzeption monatlich für Papiere im Direktbestand mit Hilfe des Kreditportfoliomodells für Eigengeschäfte (KPM-EG). Die Berechnungen basieren auf verschiedenen Marktpartnersegmenten, die differenzierte Spread- und Ratingmigrationen, Spreadverteilungen sowie Migrationsmatrizen aufweisen.

Die Adressrisiken aus den wesentlichen Fondsbeständen werden monatlich mit Hilfe von VaR-Kennziffern ermittelt, die die Kapitalverwaltungsgesellschaften zur Verfügung stellen.

Turbulenzen an den Finanzmärkten begegnen wir durch eine breite Streuung der Eigenanlagen, Diversifikation in viele Anlageklassen und Beschränkung auf gute Bonitäten.

Die mittels Risikoszenario ermittelten Standardrisiken im Kundenkreditgeschäft auf der Basis eines Konfidenzniveaus von 99,9 Prozent mit einem rollierenden Betrachtungshorizont von 12 Monaten lagen am Jahresultimo bei 4,1 Mio. EUR. Dies entspricht einer Limitauslastung von 68,2 Prozent.

Die Adressrisiken aus den Eigenanlagen werden – soweit es sich um Papiere im Direktbestand handelt – mit Hilfe eines Kreditportfoliomodells auf Basis der Monte-Carlo-Simulation ermittelt. Die Adressrisiken aus den wesentlichen Fondsbeständen werden mit Hilfe von VaR-Kennziffern ermittelt, die die Kapitalverwaltungsgesellschaften zur Verfügung stellen.

Im Eigengeschäft wurden Risiken von 34,2 Mio. EUR ermittelt, was einer Limitauslastung von 69,8 Prozent entspricht.

Im Adressrisiko sind Risikokonzentrationen in den Betrachtungsperspektiven Branchen, Größenklassen, Ausfallraten, Sicherheitenarten und Länder vorhanden. Zur Überwachung der potenziellen und der identifizierten Risikokonzentrationen bestehen im Kundenkreditgeschäft sowie bei den Eigenanlagen Strukturlimitsysteme.

Risikokonzentrationen, die aus dem strategischen Verbundgedanken und den Gegebenheiten des Regionalprinzips resultieren bzw. die sich aus der strategischen Ausrichtung der Bank ergeben, werden bewusst toleriert und in geeignetem Maße überwacht.

Für notleidende Forderungen werden Einzelwertberichtigungen bzw. Kreditrückstellungen gebildet. Uneinbringliche Forderungen werden abgeschrieben. Dem allgemeinen Kreditrisiko wird durch Bildung von Pauschalwertberichtigungen auf Basis des IDW RS BFA 7 Rechnung getragen.

Als zentrales Kriterium für die Prüfung der akuten Ausfallrisiken wird die Nachhaltigkeit der Kapitaldienstfähigkeit herangezogen. Die Bank prüft die Bildung von Risikovorsorge bei Vorliegen von Frühwarnsignalen und Ausfallkriterien. Risikovorsorge bilden wir grundsätzlich in voller Höhe des unbesicherten Kreditanteils (Blankoanteil).

Marktpreisrisiken

Das Marktpreisrisiko beschreibt das Risiko, dass aufgrund nachteiliger Veränderungen von Marktpreisen oder Marktparametern (Zinsstrukturkurve, Aktienkurse, Devisenkurse) Verluste entstehen können. Im Rahmen des Risikomanagements wird das Marktpreisrisiko unterschieden in das Zinsänderungsrisiko und das Fondsrisko (ohne Adressrisiko).

Das Marktpreisrisiko ist ein wesentliches Risiko.

Das Zinsänderungsrisiko wird mittels einer Szenariosimulation berechnet. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass eine einheitliche Simulation zwischen Fonds und eigenem Zinsbuch möglich sein soll. Das Fondsvolumen hat nennenswerte Auswirkungen auf das Zinsänderungsrisiko der Bank, daher ist eine integrierte Betrachtung erforderlich. Aus einer historischen Betrachtung (Veränderung der Marktdaten über einen Zeitraum von 12 Monaten) wird das Szenario mit der stärksten Negativentwicklung (per 31.12.2022: VR Zinsszenario Stress historisch steigend) für die Risikosimulation ad-hoc herangezogen. Die Risikoeermittlung erfolgt auf Basis eines Konfidenzniveaus in Höhe von mindestens 99,9 Prozent.

Die Marktpreisrisiken aus Fonds (umfassen neben dem Zinsänderungsrisiko auch Aktien-, Immobilien- und Währungsrisiken) werden über VaR-Kennziffern ermittelt, die durch die Kapitalverwaltungsgesellschaft zur Verfügung gestellt werden. Dabei wird auf eine konsistente Ermittlung der Risiken zum eigenen Zinsbuch geachtet.

Zum 31.12.2022 wurden Marktpreisrisiken in Höhe von 16,3 Mio. EUR ermittelt, was einer Limitauslastung von 52,5 Prozent entspricht. Davon entfielen 15,2 Mio. EUR Risiken auf Fondsanlagen.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko beschreibt die Gefahr, dass die Bank Zahlungsverpflichtungen im Zeitpunkt der Fälligkeit nicht nachkommen kann, ohne inakzeptable Verluste hinnehmen zu müssen. Es ist ein wesentliches Risiko. Wir unterscheiden dabei zwischen Zahlungsunfähigkeits-, Refinanzierungskosten- sowie Marktliquiditätsrisiko, wobei nur das Zahlungsunfähigkeitsrisiko als wesentlich für die Bank eingeschätzt wird.

Ziel der Liquiditätsrisikosteuerung ist es, sicherzustellen, dass wir Liquiditätsbedarf rechtzeitig erkennen und somit jederzeit den Zahlungsverpflichtungen in voller Höhe nachkommen können. Für die Übernahme der operativen Steuerung der Liquidität in Krisensituationen ist eine Liquiditätsmanagementfunktion eingerichtet, die mit entsprechenden Rechten zur Veräußerung liquider Aktiva ausgestattet ist. Des Weiteren erstellen wir zur Ableitung von Steuerungsmaßnahmen neben der täglichen Überwachung der LCR quartalsweise eine Liquiditätsübersicht für einen Zeitraum von fünf Jahren über sämtliche liquiditätswirksamen Zahlungsströme (Liquiditätsablaufbilanz).

Liquiditätsablaufbilanzen dienen als Frühwarnindikatoren für eine mögliche Zahlungsunfähigkeit und stellen dabei insbesondere den Überlebenshorizont dar. Stresstests führen wir anhand institutseigener, marktweiter und kombinierter Szenarien für Liquiditätsrisiken durch. Durch die Anrechnung auf die Liquiditätspuffer wird auf dieser Grundlage der Überlebenshorizont ermittelt. Dabei werden auch adverse Entwicklungen außerhalb unseres Erwartungshorizontes reflektiert.

Das Liquiditätsrisiko wird anhand der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennzahlen überwacht. Unsere Risikotoleranz haben wir über die Festlegung einer Mindest-LCR-Quote von 150 Prozent und einer Mindest-NSFR-Quote von 115 Prozent definiert.

Zur Begrenzung von Abruf Risiken sind Strukturlimite insbesondere für das Einlagengeschäft implementiert.

Im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes wird das Refinanzierungskostenrisiko ermittelt. Zur Ermittlung wird auf die Differenz des Barwerts des zinstragenden Kunden- sowie Interbankengeschäfts (ohne Depot A) mittels unterschiedlicher Kurven abgestellt.

Aufgrund der aktuellen Bilanzstruktur der Bank ergibt sich keine Refinanzierungsnotwendigkeit. Somit besteht aktuell auch kein Refinanzierungskostenrisiko.

Operationelle Risiken

Unter operationellen Risiken verstehen wir die Gefahr von Verlusten und Risiken, die durch Prozess- und Kontrollschwächen, technisches und / oder menschliches Versagen, Katastrophen oder durch sonstige externe Einflüsse hervorgerufen werden. Diese Definition schließt Rechtsrisiken und dolose Handlungen mit ein. Vermögensschäden rechnen wir nur dann den operationellen Risiken zu, wenn der eingetretene Schaden eindeutig und ausschließlich auf das Versagen von internen Verfahren, Menschen oder Systemen zurückzuführen ist. Die im Zusammenhang mit Adress- und Marktpreisrisiken auftretenden operationellen Risiken werden implizit bei diesen Risikoarten abgebildet.

Die Bank hat eine einheitliche Festlegung und Abgrenzung der operationellen Risiken zu den anderen betrachteten Risikokategorien vorgenommen und diese in den Organisationsrichtlinien fixiert und kommuniziert.

Wesentliche operationelle Risiken werden jährlich identifiziert und analysiert. Hierzu wird auf eine Schadensfalldatenbank zurückgegriffen, in die eingetretene Schäden eingestellt werden.

Das IT-Risiko stellt ein spezielles operationelles Risiko dar. Hier betrachten wir insbesondere die Teilbereiche "Zentrales Rechenzentrum" und "IT-Risiken Bank". Über die IT-Risiken, die das Rechenzentrum betreffen, erhalten wir regelmäßige Berichte vom IT-Dienstleister einschließlich Darstellung der eingeleiteten Maßnahmen bei Problemen. Über die Beseitigung der im Rahmen von Sonderprüfungen durch die Finanzaufsicht ermittelten Mängel beim IT-Dienstleister wurde zeitnah an Vorstand und Aufsichtsrat berichtet. Die vereinbarte Meilensteinplanung wurde eingehalten.

Für alle wesentlichen Schadensereignisse in Bezug auf bankinterne IT-Risiken besteht ein umfassender Versicherungsschutz. Betriebliche Notfallplanungen wurden insbesondere auf die Anforderungen aus dem IT-Bereich abgestimmt.

Rechtlichen Risiken begegnen wir durch die Verwendung der im Verbund entwickelten Formulare. Bei Rechtsstreitigkeiten binden wir rechtzeitig die Rechtsabteilung des Verbandes sowie gegebenenfalls Rechtsanwaltskanzleien zur Klärung von strittigen Angelegenheiten ein.

Anhand der Risikoinventur stufen wir das operationelle Risiko als aufsichtsrechtlich wesentlich und betriebswirtschaftlich gering ein.

Aufsichtsrechtlich unterlegen wir die operationellen Risiken auf der Grundlage des Basisindikatoransatzes mit Eigenkapital. Für den Ansatz operationeller Risiken im Limitsystem wird ein Risikowert ermittelt, der sich aus einer Eintrittswahrscheinlichkeit und einer potenziellen Schadenshöhe für die zuvor in einem Self-Assessment ermittelten Risiken ergibt. Zum 31. Dezember 2022 beliefen sich die Risiken auf 3,1 Mio. EUR.

Sonstige Risiken

Unter dieser Kategorie analysieren wir alle nicht bankspezifischen Risiken. Besondere Aufmerksamkeit widmen wir dem Vertriebsrisiko, dem Reputationsrisiko, den strategischen Risiken, den Produktivitäts- und Sachwertrisiken, dem Immobilienrisiko sowie den Pensionsrisiken und dem Modellrisiko. Die Wesentlichkeit dieser Risiken überprüfen wir regelmäßig und anlassbezogen. Aktuell stufen wir alle sonstigen Risiken als unwesentlich ein.

Gesamtbild der Risikolage

Auf Grundlage unserer Verfahren des Risikomanagements zur Ermittlung der Risiken sowie des Risikodeckungspotenzials ist die Risikotragfähigkeit unter den von uns definierten Risikoszenarien gegeben.

Bestandsgefährdende Risiken sind aufgrund der Zugehörigkeit zur kreditgenossenschaftlichen Sicherungseinrichtung nicht erkennbar.

Nach dem derzeitigen Planungsstand ist die Risikotragfähigkeit angesichts der Vermögenslage des Instituts auch im Berichtszeitraum 2023 gegeben. Die dargestellten Risiken werden die künftige Entwicklung unserer Bank nicht wesentlich beeinträchtigen.

Die Risikoaggregation erfolgt ohne Berücksichtigung von Korrelationen zwischen den einzelnen Risikoarten additiv.

D. Prognosebericht

Nach unserer jetzigen Prognose für 2023 gehen wir von folgender Entwicklung aus:

Für das Geschäftsjahr 2023 erwarten wir in unserem Geschäftsgebiet keine wesentlichen Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Das geschäftliche Umfeld und die Entwicklung unserer Bank wird danach von einem starken Wettbewerb, den wachsenden Erwartungen unserer Mitglieder und Kunden an Produkt- und Beratungsqualität, den steigenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen und dem steigenden Zinsniveau an den Geld- und Kapitalmärkten geprägt.

Nach unserer Gesamtbankplanung rechnen wir für 2023 mit einem Kreditwachstum von 20,0 Mio. EUR. Dieses Volumen soll durch höhere Kundeneinlagen sowie Umschichtungen innerhalb der Aktiva finanziert werden.

Unter Berücksichtigung der Wachstumsannahmen rechnen wir bei einem konstanten Zinsniveau mit einer Erhöhung des Zinsergebnisses auf 14,6 Mio. EUR. Beim Provisionsüberschuss erwarten wir ein konstantes Ergebnis.

Für das Jahr 2023 planen wir mit einer Steigerung der Personalkosten auf 8,9 Mio. EUR und der anderen Verwaltungsaufwendungen auf 6,6 Mio. EUR aus.

Für das Jahr 2023 ist ein Betriebsergebnis vor Bewertung in Höhe von 6,6 Mio. EUR geplant. Für die Relation des Betriebsergebnisses vor Bewertung zur durchschnittlichen Bilanzsumme rechnen wir für 2023 mit einem Wert von 0,69 Prozent.

Im Bewertungsergebnis Kredit wurde in Anbetracht der zu erwartenden Auswirkungen eines möglichen Re-zensionsszenarios mit einem steigenden Verlust gerechnet. Dieser wurde anhand des erwarteten Verlustes bei einer Ratingverschlechterung aller Kunden um eine Ratingklasse abgeleitet. Die Risikodiversifikation unseres Wertpapierbestandes hat für unsere Bank eine hohe Relevanz. Unserem Fondsbuch kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu. Aufgrund von eingegangenen Zeichnungsverpflichtungen wird sich besonders der Bestand unserer Immobilienfonds sukzessive erhöhen. Der Steuerung von Emittenten- und Länderrisiken werden wir weiterhin hohe Aufmerksamkeit schenken. Für das Jahr 2023 erwarten wir insgesamt beim Kredit- und Wertpapiergeschäft keine gravierende Änderung der aktuellen Zinspolitik und rechnen daher mit einem negativen Bewertungsergebnis in Höhe von 0,4 Mio. EUR.

Mit unserer Planung für das folgende Geschäftsjahr werden wir die aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfüllen, die erforderliche Risikotragfähigkeit dafür wird ebenfalls gegeben sein. Nach unserer Unternehmensplanung ist die Einhaltung der aufsichtlichen Kapitalanforderungen unter Einbezug des erwarteten Geschäftsvolumenzuwachses sichergestellt. Mit der für 2023 geplanten geschäftlichen Entwicklung und der geplanten Ergebniserwartung wird die aufsichtsrechtliche Gesamtkapitalquote leicht auf 16,9 Prozent steigen.

In Anbetracht der derzeit vorhandenen Liquiditätsreserven und der Einbindung der Bank in den genossenschaftlichen Liquiditätsverbund ist mit einer Störung der Zahlungsfähigkeit nicht zu rechnen.

Die CIR bildet die operative Ertragskraft der Bank ab, indem sie die ordentlichen Verwaltungsaufwendungen ins Verhältnis zu den ordentlichen Erträgen stellt. Im Jahr 2022 konnten wir einen CIR Wert von 65,1 Prozent erreichen. Für das Jahr 2023 haben wir eine Kennzahl in Höhe von 71,3 Prozent geplant.

Die Risikotragfähigkeit ist im Berichtszeitraum 2023 angesichts der Vermögens- / Substanzsituation und der laufenden Ertragskraft der Bank gegeben. Die künftige Entwicklung unserer Bank wird durch die aktuellen Ereignisse (Ukraine-Krieg, Energiekrise und Inflation) nicht wesentlich beeinträchtigt werden.

Ausgehend von den genossenschaftlichen Grundprinzipien der Selbstbestimmung und Eigenverantwortung haben die Vorstände der Pommerschen Volksbank eG und der Volksbank Vorpommern eG im Januar 2023 ergebnisoffene Sondierungsgespräche über einen möglichen Zusammenschluss beider Kreditinstitute geführt. Hintergrund dieser Gespräche sind die dynamischen Veränderungen im Finanzsektor und die damit verbundenen wachsenden Herausforderungen für beide Genossenschaften. Die geschäftspolitische Ausrichtung beider Häuser ist ähnlich. Beide Banken stehen auf einem wirtschaftlich gesunden Fundament, so dass ein Zusammenschluss aus einer Position der Stärke möglich ist.

Im Februar 2023 haben die Aufsichtsräte beider Banken jeweils einstimmig den Beschluss zur Aufnahme von Verschmelzungsverhandlungen gefasst. Die Verschmelzungsabsicht nach § 24 KWG wurde der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) angezeigt. Es ist beabsichtigt im Jahr 2023 rückwirkend auf den 1. Januar 2023 mit der Pommerschen Volksbank eG als übertragendes Institut zu verschmelzen. Die entsprechenden Beschlüsse sollen in den Vertreterversammlungen im Juni 2023 gefasst werden.

Ziel der geplanten Verschmelzung ist die Schaffung einer leistungs- und finanzstarken genossenschaftlichen Regionalbank. Damit wollen wir für unsere Mitglieder, Kunden und Mitarbeiter attraktiv bleiben und die Bedürfnisse unserer Region erfüllen. Die Nähe durch örtliche Präsenz und schnelle Entscheidungen steht für uns auch weiterhin im Vordergrund. Durch die Bündelung der wirtschaftlichen Kraft ermöglichen wir weiterhin langfristig sichere Arbeitsplätze, für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eröffnen sich durch Spezialisierungen interessante berufliche Perspektiven.

Die in diesem Lagebericht gemachten Angaben – insbesondere die aufgeführten Werte – beziehen sich, unabhängig von den zum Zeitpunkt der Berichtserstellung laufenden Verschmelzungsvorbereitungen mit der Pommerschen Volksbank eG, ausschließlich auf die Volksbank Vorpommern eG.

Sollte die geplante Verschmelzung durch die Vertreterversammlungen nicht genehmigt werden, gehen wir nicht von einer wesentlichen Beeinträchtigung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage aus, und die zuvor dargestellten und prognostizierten Entwicklungen gelten fort.

Universitäts- und Hansestadt Greifswald, 16. Mai 2023 Volksbank Vorpommern eG

Der Vorstand:

Jens Klingebiel

Ronny Bauch